

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Samstag und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei Vorzahlung im Voraus für Groß-Berlin sowie bei Nicht-Vorzahlung ohne Vorzahlung monatlich 2 M., bei Vorzahlung unter Straßburg 3 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Verordnungen für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 111. Verleger: Kurt H. W. Schmidt 2895 und 2896.

Interessante Lesestoffe: „Wuppertal“ über dem Namen 70 Pf., „Mitteldeutsche“ über den letzten Krieg 30 Pf., jedes weitere Wert 15 Pf., Lesungsschilling 30 Pf., die Familien- und Dienstverhältnisse sind der Zeitung frei. Interests für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 4 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Kurt H. W. Schmidt 2896.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonnabend, den 25. Januar 1919

Nummer 44

Die Totenfeier der Revolutionsopfer.

In der Siegesallee.

Berlin steht seit heute früh unter dem Zeichen der Zäsur. Die Zugänge zur Siegesallee, von der aus die Beerdigung der Revolutionsopfer stattfinden sollte, ist in weitem Umkreise abgesperrt. Schwerverwundete Soldaten verhindern jeden die Siegesallee zu erreichen. Kanonen und Maschinengewehre sind an allen glühenden Plätzen aufgestellt, Brege von Munition liegen neben den Schusswaffen. Die Truppen tragen Sturmgeschütz.

Auf dem Potsdamer Platz steht es aus wie in einem Belagerung, in dem die Vorbereitungen für einen Großkampf getroffen werden. Schläger mit der Aufschrift: „Wer weiter geht, wird erschossen“, drängen dem Bürger entgegen und zeigen ihm, wie weit es mit der Freiheit unter der sozialistischen Regierung Ebert-Scheidemann-Roske gekommen ist.

Auch der Reichstag ist mit Maschinengewehren und Artillerie umstellt. Offiziere zu Pferde sprengen auf und ab und fächeln sich. Auch die Siegesallee ist mit einem Maschinengewehr bewehrt. Es steht auf dem Rundgang der Säule, richtet seine Mündung auf die Siegesallee und ist durch eine Telefonleitung mit dem Reichstag verbunden. Trotz der Absperzung war es einigen Kranträgern und Ordnenern möglich vor dem Hindenburgdenkmal Aufstellung zu nehmen. Gegen 11 Uhr wurde bekannt, daß die Beerdigung von der Siegesallee aus nicht stattfinden dürfte. Die Versammelten begaben sich darauf in großem Umwege über die Spreerbrücke nach dem Gölmpfplatz. Von dort aus soll nunmehr die Beerdigung erfolgen. Es wird schwer sein, den Zug ordnungsgemäß aufzustellen, da infolge der Absperzung in den verschiedenen Stadtteilen Berlins die Kranträger und Deputationen der Betriebe herumirren, ohne zu wissen, wohin sie sich zu wenden haben.

Auf dem Gölmpfplatz.

Der Gölmpfplatz füllte sich in der 11. Stunde mit Menschen. Von allen Teilen der Stadt kamen große Arbeiterzüge anmarschiert. Sie tragen Mielenkränze mit roten Schleißen und roten Blumen, ebenso Fahnen mit Aufschriften der verschiedensten Bezirke. Der Gölmpfplatz ist nicht groß genug, die Menschenmassen zu fassen. Unter den Versammelten befinden sich sehr viele Soldaten und Matrosen; auch von auswärtigen Arbeiter- und Soldatenräten sind Kranadeputationen geschickt worden. Regierungstruppen sind in der Nähe des Gölmpfplatzes nicht zu sehen. Die Arbeiter und Soldaten, die den Revolutionsopfern die letzte Ehre erwiesen, sind empört über das Treiben der Regierungstruppen, die vor den Zugängen zu der Siegesallee aufgestellt waren. Den Geist, den die Regierung bekämpfen will, wird sie durch solche Maßnahmen nur noch lebendiger machen. Die Versammelten sind von einem tiefen, heiligen Glauben für ihre Sache erfüllt. Obwohl der Gölmpfplatz schon mit Menschen überfüllt ist, kommen von allen Seiten noch neue Scharen herbei. Die revolutionäre Arbeiterschaft und die Soldaten wollen die Exekution der Revolutionsopfer trotz aller Gewalttaten der Regierung zu einer Ehrenvollheit gestalten.

Wederall leuchtet aus der schwarzen Menge das Rot der Kränze und Standarten Autos und Erschalen kommen angefahren und bringen neue Krantruppen herbei. Der Zug wird sich vor 1 Uhr kaum in Bewegung setzen können.

Die Neufölliner Genossinnen und Genossen versammelten sich, soweit sie nicht von ihren Bezirken aus zum Leidenbegangnis gingen, in der Kaiser-Friedrich-Strasse. Dort hielt nach vorausgegangener Resolution eines dem Tage entsprechenden Gedichtes ein Genosse eine Ansprache, worin er die Toten ehrte und deren Mörder dem Fluch der Menschheit preisgab. — In geschwiegenem Zuge begaben sich dann die Teilnehmer an dieser kleinen Trauerfeier nach dem Innern der Stadt.

Ausschnitt aus der Waffenstillstandskommission.

Kritisch. (U.) 24. Januar. In der heutigen Besichtigung in Spaa kündigte General von Winterfeldt an, daß er von seinem Posten als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa zurück-

trete. Den Anlaß gab eine Mitteilung des Marschalls Koch, welche von General Rudant verlesen wurde. Koch erklärt darin kurz, daß der Abschnitt östlich von Straßburg auf Grund der Vereinbarungen bei der letzten Verlängerung des Waffenstillstandes binnen sechs Tagen, vom 23. Januar, abends 6 Uhr, ab, beiebt werden wird.

Wähler und Wählerinnen!

Heute genießt Ihr einen eindringlichen Anschauungsunterricht. Berlin ist von der Regierung Ebert-Scheidemann wieder in ein Heerlager verwandelt worden. Die Mündungen der Kanonen und Maschinengewehre sind auf Euch gerichtet, die Ihr den toten Vorkämpfern, dem kampfgeschlachteten Volkrecht, die letzte Ehre erwiesen wollt. Keine frühere Regierung hat je eine Trauerfeier des Proletariats gefeiert.

Morgen finden die Wahlen zur Preussischen Nationalversammlung statt. Wichtige, das Interesse der ganzen Arbeiterschaft berührende Fragen kommen zur Entscheidung. Ueber die Sozialisierung der Wirtschaft, den Gemeinde-Sozialismus, die Gestaltung des Schulwesens, die Trennung der Kirche vom Staat wird die Preussische Nationalversammlung ihre Entschlüsse fassen.

Darüber hinaus aber bedeutet Eure Stimme die Antwort auf die Frage, ob Ihr die Politik der Regierung, die aus den Mündungen der Kanonen zu Euch spricht, billigt oder verweist. Wir fordern Euch auf, die Abstimmung zu einem großen Protest gegen die Gewaltpolitik der Regierung zu gestalten, die die Einigung des Proletariats verhindert, die sich mit dem Bürgerium gegen die Arbeiterschaft verbündet. Stimmt Sonntag geschlossen für die

Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Es bleibt bei Weimar!

Der „Reichsanzeiger“ vom 21. Januar bringt die von den Volksbeauftragten Ebert und Scheidemann sowie von dem Staatssekretär des Innern, Dr. Breunig, unterzeichnete Verordnung über die Berufung der verfassunggebenden Nationalversammlung. Die Verordnung ist datiert vom 21. Januar und besagt, daß die am 19. Januar 1919 gewählte verfassunggebende deutsche Nationalversammlung berufen wird, am 6. Februar 1919 in Weimar zusammenzutreten. Der Staatssekretär des Innern wird mit den zu diesem Zweck benötigten Vorbereitungen beauftragt.

In einer offiziellen Notiz des Regierungsbüros, der „Deutsch. Allg. Ztg.“, wird im Anschluß an die obige Verordnung gemeldet, daß sich nunmehr alle Teile des deutschen Volkes mit der Wahl des Ortes zufrieden erklären müßten, und zwar mit Rücksicht auf das Ausland, und weil eine Änderung des Beschlusses praktisch außer Frage steht. Die Regierung handelt also nach dem Satze: So will ich es und so befehle ich es. Was sagt der von der Mitbestimmung ausgeschaltete Zentralrat dazu? Muß er sich ebenso wie die protestierenden Berliner kommunalen Vertretungen löblich unterwerfen?

Auch die Reichsfinanzkonferenz tagt in Weimar. Weimar, 24. Januar. Am 23. Januar findet in Weimar die Reichsfinanzkonferenz statt.

Schande!

Nein, das war nie da. Das blieb der Regierung Ebert-Scheidemann vorbehalten!

Wir erinnern uns der großartigen Trauerkundgebungen, der Hunderttausende, die den Sorgen Kuerz und Singers folgten. Es war in der Blütezeit des alten Gewaltregimes, da alle öffentlichen Umzüge und Demonstrationen verboten waren. Aber vor der Majestät des Todes hatte die alte Bürokratie, die alte Junker- und Militärherrschaft doch noch einigen Respekt.

Aber die Ebert-Scheidemann-Landsberg-Roske verfolgen die Revolutionäre, die sie zu Tode geiebt haben, noch in den Särgen. Die Berliner Arbeiter ohne Unterschied der Parteien, Rechtssozialisten, Unabhängige, Kommunisten, wollten den Toten die letzte Ehre erwiesen. Sie alle, so verschieden ihre Auffassungen über die Politik sein mögen, wissen, daß die, die heute begraben werden, guten Willens und reinen Herzens gewesen sind, voller Hingebung für das sozialistische Ideal und in Karl Liebknecht trügen sie noch einmal den Rebellen, der zum erstenmal in Deutschland die Fahne der Empörung gegen den Krieg und den imperialistischen Wahnsinn erhoben hat.

Da mißt sich die Regierung ein. In eine Sache, die sie gar nichts angeht. Sie verhindert die Beiehung der Toten im Friedrichshain und verhindert mit Gewalt, daß der Trauerzug im Innern der Stadt sich formiert.

Muß sie Rücksicht auf die Gefühle der Herren Offiziere und der Bourgeoisie nehmen? Fürchtet sie, daß die Wunden der Opfer wieder zu bluten anfangen, wenn sie durch die Wilhelmstraße getragen werden? Oder ist es nur der brutale Gewaltinstinkt des Siegers, der sie treibt, auch diese Demütigung der Berliner Arbeiterschaft anzutun?

Die Berliner Arbeiter haben wahrlich nicht daran gedacht, die Trauerfeier zu einer politischen Kundgebung zu gebrauchen. Würdig und stumm sollte der Zug der Hunderttausende das Andenken der Opfer ehren. Die Regierung aber benutzte die Gelegenheit zu einer Demonstration ihrer Gewaltpolitik. Militär erfüllt die Stadt, Passanten werden angehalten, Straßen sind abgesperrt, Maschinengewehre, Kanonen und Artillerie ist aufgestellt, die Siegesallee, wo sich der Zug formieren sollte, in weitem Umfang vom Militär abgesperrt. So erweist die Regierung Ebert-Scheidemann Revolutionären die militärischen Ehren!

Braucht man noch ein Wort darüber zu verlieren, daß ihr Vorgehen eine ungeheuerliche Willkür, eine abscheuliche Gesehbedrückung ist? Am 11. November hat die Regierung, der auch Ebert, Scheidemann und Landsberg angehörten, ein Gesetz erlassen, das die volle Vereins-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit garantiert. Das Gesetz besteht und kann nicht durch eine Verordnung eines Koses aufgehoben werden. Der Belagerungszustand ist nicht verbängt. Diese schlaue Regierung schaltet und waltet schlimmer als selbst der Belagerungszustand gestatten würde, und will sich dabei noch rühmen, ihn nicht verbängt zu haben.

Erinnert man sich noch, wie die Regierung für die Pressefreiheit eingetreten ist, wie sie erklärte, es nicht über ihr demokratisches Herz bringen zu können, in Verbänden einzutreten, bevor nicht den demokratischen Prinzipien Genugtuung geworden und der gesetzliche Zustand wieder hergestellt ist? Zweifelst jetzt noch irgend jemand, daß für diese Regierung, die die Versammlungsfreiheit mit Füßen tritt, die Pressefreiheit nur ein elender Vorwand gewesen ist, um Verhandlungen zu verhindern, um mit Gewalt vorgehen zu können? Wie der Sozialismus, so ist auch die Demokratie dieser Regierung nur etwas Menschliches. Im Ernstfall fällt der Firnis ab, und die alte brutale Machtpolitik kommt wieder zum Vorschein.

Das Vorgehen der Regierung ist nicht nur eine Schmach für das sozialistische Deutschland, es wird im ganzen Ausland, wo die Ermordung Liebknecht und Luxemburg ohnedies Horn und Erregung ausgelöst hat, neue Entfaltung finden. Ueberall, wo man mit Mißtrauen der deutschen Revolution gegenübersteht und daran zweifelt, ob das deutsche Volk wirklich die verhasste militäristische Denkweise abgeworfen hat, wird man das Vorgehen dieser Regierung als Zeugnis anrufen, wie bedürftig dieses Mißtrauen sei. Und was sollen dann die Sozialisten des Auslandes darauf antworten? Glaubt man denn, daß irgend jemand außer den Junkern und Bürokraten in Preußen ein Wort der Verteidigung finden wird?

Wie lange noch wollen die deutschen Arbeiter dem Verhängnis, das diese Regierung bedeuft, ihren Lauf lassen? Sehen sie denn nicht wie diese Regierung die Sache des Sozialismus diskreditiert, den Zwiespalt im deutschen Proletariat vergrößert und die Gegenrevolution ermutigt? Wann endlich wird es sich aufrufen, sich einigen und in letzter Stunde eine Sache vor diesen Führern retten?

Die preussischen Polizeiminister.

Die Herren Dirsch und Eugen Ernst sind zu Ministern ernannt, die das Innere verwalteten. Darin gebietet auch die Polizei. Wie sie das tun, zeigt ihre Tätigkeit, die sie gegen den früheren Berliner Polizeipräsidenten ausüben. Sie betrachten sich als die Beherrscher der Berliner Polizei. Es ist bezeichnend für die Art, wie sie regieren, wenn man hört, daß es ihnen zu danken ist, daß wir in Berlin den besorgten Polizeibehörden schließlich nicht los werden können. Dieser Polizeibehörde ist es seiner Herrschaft nicht ohne die alten Beamten geflüchtet, auch die Berliner Arbeiter haben alle Ursache, sich diesen Polizeigewaltigen auf das Entschiedenste zu widersetzen. Redlich ist und allen bekannt als ein Mann nach dem Herzen aller Schwarzarbeiter. Er war es, der bei allen politischen Grundgebungen des Berliner Proletariats seinen Beamten die Befehle zum rückwärtigen Zielsetzungen gab. Er war die treibende Kraft, daß unsere aufstrebende Bewegung mit „fester Hand“ niedergeschlagen wurde. Er war die Verleugung jenes Vortrages, unter dem das Berliner Proletariat sich zu leiden hat. Das wußten Eichhorn, das wußten Dirsch und Ernst. Eichhorn suchte diesen Mann ungeschädigt zu lassen. Entlassen konnte er ihn nicht, das bestritten sich die Herren Minister vor. Mehr als 14 Tage Urlaub durfte Eichhorn nicht erteilen. Das tat Eichhorn. Und als die 14 Tage um waren, bekam Herr Dirsch weitere 14 Tage. Da aber gelte Herr Dirsch triumphierend ein Schreiben der Herren Minister vor, wonach er seinen Dienst anzutreten habe. Das war natürlich ganz nach dem Herzen des Herrn Polizeipräsidenten. Es ist bezeichnend für Dirsch und Ernst, daß sie bemüht sind, der Berliner Arbeiterschaft solche Männer zu erhalten, die als Veranlasser der verschiedenen Vorkämpfer bei politischen Demonstrationen bezeichnet werden müssen; sogar solcher, an denen Ernst selber mitwirkte, als er noch anders dachte als heute. Wer so handelt, verdient daher heute wie morgen zum Teufel gesagt zu werden, samt dem Schilling Herr Dirsch.

Aber noch ein anderes muß festgehalten werden. Die Sozialdemokratische Partei hat immer gefordert, daß die Polizei in die Hände der Gemeinde gehört; insbesondere hat Dirsch als Kommunalpolitiker diese Forderung vertreten. Sie darf sich auch mit den ständigen Angriffen der Berliner sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden. Die Stadt Berlin zählt allein für die Polizei der Berliner Polizei 8-9 Millionen Reich und einige Millionen für die Feuerwehre, ohne daß sie in die Vermehrung hineingezogen hätte. Schon allein aus diesem Grunde ist die Forderung nach Kommunalisierung der Polizei geredet.

Anstatt nun die Verwirklichung dieser Forderung so schnell wie möglich zu betreiben, werden sich die sozialdemokratischen Minister zu Oberverwandten über das Berliner Polizeiwesen auf und reflektieren und verordnen ganz im Sinne der alten Polizeiminister.

Mehr wie je muß heute Kommunalisierung der Berliner Polizei verlangt werden. Die Stadt muß selber über die Berliner Polizei bestimmen, dazu gehört natürlich auch eine mehr oder weniger selbständige Verwaltung der Gemeinde und ein gerechtes Wahlrecht für alle Gemeindeangehörigen. Sie müssen deshalb erneut Verleugung der Verleugung der Stadt und des Polizeiwesens durch Polizeiminister fordern. Wir können die Polizei selber verwalteten. Dazu brauchen wir 12 Herren Dirsch und Ernst. Das ist im Gegenteil, wie sie regieren, hat den Fesseln erbrochen, daß beide unfähig, sogar gefährliche Leute sind, die samt ihrem Polizeibehörden verschwinden müssen.

Die Gemeinde-Neuwahlen.

Die Preussische Regierung hat wie von uns bereits gemeldet, zur anderweitigen Regelung des Gemeindefahrrechts eine Verordnung mit Gesetzeskraft erlassen, wonach die Wahlen der Gemeindefunktionen in allgemeinen, unteilbaren und geheimen Wahlen nach den Grundätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Gemeindefunktionen bestehen aus mindestens 6 und höchstens 14 Mitglieder. Die gewählten Gemeindefunktionen werden auf 4 Jahre, die Neuwahlen jedoch an einem Sonntag im März zum 2. März 1910 zu erfolgen.

Die Mitglieder der Gemeindefunktionen bleiben bis zur erfolgten Neuwahl in ihren Ämtern.

Bei der erstmaligen Wahl sind die Wählerlisten zur preussischen Kartierung anzuhängen.

Für die späteren Wahlen wird das Wahlverfahren auf der Grundlage der gegenwärtigen Verordnung durch eine besondere Wahlordnung geregelt. In die das Ministerium des Innern erläßt. Bei der erstmaligen Wahl werden Wahlbezirke nicht gebildet. Für die weiteren Wahlen können durch Gesetz Wahlbezirke geschaffen werden.

Beerfeldte in eigener Sache.

Herr Hauptmann v. Beerfeldte ist eine Kasse. Er ist zugeben, in der er folgendes ausführt:

1. Der „Vorwärts“ hat die im ganzen Reich umlaufende Falschmeldung, daß ich „in der militärischen Führung der sozialistischen Gegenrevolution hervortretend beteiligt“ sei. Der „Vorwärts“ wird hierdurch zu einer Verleumdung veranlaßt werden. Hier sei nur festzustellen, daß diese Nachricht eine infame Verleumdung ist. Ich habe nicht den mindesten mit irgend welcher Gewalttätigkeit zu tun. Ich bekenne mich zur absoluten Verurteilung und Ablehnung jeglicher brutalen und darum unabhängigen Gewalt.

2. Da mein rein geistiger Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit in der Welt und Politik einen Dorn im Auge zu sein scheint, welche die Wahrheit fürchten müssen, gehen sie mit Trübsal, Verleumdungen oder Gewaltmaßnahmen, genau wie das alle Systeme, gegen mich vor. Schon in den wenigen Tagen, in denen ich den von mir nicht gezwungen, sondern aus eigenem, freiem Entschluß niedergelassenen Bericht im Berliner Volksboten führte, trat Derselbe in für mich sehr betrübender Weise auf.

Wilmannens Aufschrei, erneut gegen mich vorzugehen. Ich meine politischen Gegnern die Niederwerfung des Sparta-Lusau-Bundes, mit dem ich niemals auch nur das geringste gemeinam gehabt habe. Meine völlig unpolitische Frau und ich wurden am 11. und 15. ds. Mts. ohne jeden Anlaß und ohne jede nähere Angabe, nach einmal vergeblichem Versuch, zweimal unter unehrenhaften Umständen durch eine starke, von einem Offizier geleitete Patrouille, verhaftet, wobei die gegen uns mit dringender Waffengewalt und schließlichen Verleumdungen vorgehenden weichen Gardisten bei der energischen Verhaftung einen von der Regierung vorgelegten Auftrag vorgelesen. In Verbindung mit den Verhaftungen und während unserer Abwesenheit fanden verschiedene Hausdurchsuchungen durch Soldaten und angeblich von der Reichslangst beauftragte Spione statt, die von ungeschicklichen Festnahmen, Verleumdungen und Verhaftungen von Bekannten meiner Frau während der Nacht beschrien Wohnung begleitet waren. Meine Frau und ich wurden in Kellerräumen untergebracht, deren einer infolge der Entladung der Bedürfnisse der darin auf 24 Stunden ohne die geringste Versorgung untergebrachten Waisen und Hülfspersonen von nachgehenden Verleumdungen erfüllt war, während der andere, eine aussergewöhnliche Leidenkammer (samt Hofentleer) ohne Tageslicht, immerhin ein hohes Geologier für und zur Nachbarschaft, vorwärts treibt über seine Ziele hinaus. Und das ist gewiss auch ein Gewinn, nicht für alle, aber für die Mehrheit.

Wenn man sich nicht über seine Ziele hinaus, und das ist gewiss auch ein Gewinn, nicht für alle, aber für die Mehrheit.

Herrn Dirsch stellt einen Bürgerkrieg hin und bürgerliche Republikaner. Die Fülle der Monarchie und Volk zusammen, wie gebe ich dem ausgehöhlten Geist neuen Inhalt, ist die große Frage, die der fortschrittliche Mensch sich stellt, und deren Lösung er mit Verzweiflung und Tod begehrt, weil die Monarchie eben fest ist, wie Dirsch in seinem Vorwort rückwärtig auf 1789 dem 20. Jahrhundert prophezeit. Es ist unmöglich, König zu sein im Volk, wenn man ausgehört hat, an ein Königtum über dem Volk zu glauben. Die Krone von Jerusalem und Urse löst sich nicht in Wahrheit wandeln, auch nicht mit dem besten, königlichen Willen. Der König kann nicht Präsident werden, weil es läge ist, wenn er sagt, daß er keine Parteien kennt.

Wenn Dirsch sein Drama nicht ins Kleinliche vergeret hätte durch die Verleumdungen, die er hineinwirft, dann hätte seine geringfügige Bedeutung in größerer Reichweite zutage. So aber wird die Geschichte von der bürgerlichen Ehe, die er mit der Tochter des verurteilten Republikaners eingeht, zum Königsdrama, an dem und das meiste Interesse liegt. Es ist schade, daß durch das Scherzen dieser Ehe auch der republikanische Königtum in die Verleumdung geht. Der große Gedanke wird zerlegt. Und wie die Haupthandlung so zerlegt auch die Nebenhandlungen. Die Dirsch zusammengepackt. Die Hilfen und ganzen Republikaner sind nur halb und Verleumdungen. Was sie denken, ist gut und einigermaßen modern, aber was sie tun, ist Mittelalter. Gottesgericht im Dues und Weiskopf politisch durch das Bild. Wäre nicht die Schlüsselszene des Dramas, in der der König Abrechnung hält mit den konventionellen Waisenen, mit plätscherndem Christentum, eigenhändigem Mörder, Hebedienendem Beamten und sattem Besch. diese Szene, in der die oergewaltete Majestät den einen Menschen sucht, der für sie steht, damit sie selber Lebensberechtigung erlangt, wäre die nicht, dann wäre das Bild leer und verdoht wie ein altes Bürgerhaus in sich zusammen. Sie aber, und sie vielleicht allein, in dem Ganzen große und reine Dichtung, um die sich verlobt, Dirsch zu gebären.

Die Aufführung unter Barnowskis Regie wurde dem Wert gerecht. Die Streichung der Zwischenstücke hätte durch andere noch glücklicher ergänzt werden können. Das Szenische sollte Notwegen um 1878 geben und ist vollkommen nur in den Köpfen. Kurt Göttsch, der König, war zu alt, und nur in seinem Lachen, dem glücklichen, vergewissenden Lachen war die revolutionäre Jugend, die sein Wesen ausmacht. Dagegen war das Bild, die Königsfamilie, was schon anzuwenden und

Mein sofortiger Brief an den Reichspräsidenten. Herr—Schöndemann—Kasse gegen die völlig unerlässliche Verleumdung über ohne Antwort. Unter beiden Umständen ist durch die in dieser Zeit erlassene menschenwürdige Behandlung empfindlich geschädigt worden. Das merkwürdige aber war, daß ohne jede Vernehmung, lediglich auf Grund der mündlichen Vorführung unserer Rechtsbehörden meine Frau und ich, ich noch inhaftiger Haft entlassen wurden. Was heute ist, doch mein Bureau „amtlich“ veröffentlichen und sind mir wichtige Christliche und Priester, die keinerlei kriminelle Bedeutung besitzen, im ganzen fünf Aktenmappen ungeschicklich beschlagnahmter Papiere nicht zurückgegeben worden. Tögegen hat, wie ich heute durch Julaß herausstellte, einer der Spione eine bei mir vorher beschlagnahmte Handzettel (Wohel) als „Verleumdung“ und hat mich auf sehr durchsichtigen Gründen, in der Wohnung verhaftet. Wir haben dies Gerüchte so viel durch die Polizei erfahren, lassen, um nicht einen erneuten Vorwand zur Verhaftung zu geben.

3. Die Verleumdung, bezugnehmend auf mich verfaßten extrem-pazifistischen Flugblattes und einer ebenfalls von mir verfaßten „Kritik“ des Bundes „Kriegs- und Väterland“, „Nichtel was auf“, in der ich gegen die verhängnisvolle Forderung der monarchischen deutschen Kriegspolitik protestiere und die Verleumdung der Schuldigen fordere, wurden beschimpft, nämlich verhaftet und zum Teil verhaftet, die Angewandten verhaftet, das Bureau des Bundes als „parteiliche Partei“ durchsucht und beschlagnahmt. Auf diese Weise ist die von der Regierung autorisierte „Freiheit der Meinungsäußerung“ und die von Herrn Kasse angeführte „Sicherheit der Person“ in das Gegenteil verwandelt worden.

Nicht um meiner gleichgültigen Person, sondern um der sehr ernsten Sache willen, die ich vertrete, appelliere ich an die Öffentlichkeit. Als einer der noch wenigen unabhängigen Kämpfer des alten Systems während des Krieges glaube ich ein Recht zu haben, nicht ungeschri verurteilt zu werden. Wenn wir nicht endlich befreit, daß eine ungeschickliche Verleumdung und jeden großen verächtlichen Augen entsprechende politische Partei und Intelligenzpolitik, verbunden mit der Fortsetzung von verhängnisvoller Genossenschaft, nie unsere innere und wirtschaftliche Behandlung ernstlichen können, dann sind wir dem sicheren Untergang als Kulturvolk verurteilt. Wer darum noch einen Augenblick von sich und seinen Werten für unser Volk hat, lege alles daran, der eblichen geneigten Verhängnis zu dienen. Ohne Rücksicht auch in der Politik ist diese Verhängnis nicht möglich.

Die Korrekturen des Herrn Kasse.

Der „Studentenrat“ der Berliner Universität hatte am Donnerstag eine Versammlung einberufen, in der der Vorsteher und einige „Berberkämpfer“ zum Eintritt in die Freiwilligenkorps aufforderten. Aus ihren Ausführungen ging hervor, warum man gerade auf die Beteiligung der Studenten solchen Wert legt. Sie sollen auf der Seite der Regierung nicht zuverlässig genug sind, „erzieherisch“ wirken sie sollen auf die Wiederherstellung der alten Disziplin hinarbeiten. Zur Verhängnis führten sie an, daß schon jetzt in der Armee eine Humenge Arreststrafen verhängt wurden. Die Soldaten würden immer mehr an Bedeutung, die Vertrauenswürdigkeit hätten sich dagegen gut bewährt. Trotz dieser Ausführungen fanden die Berberkämpfer bei den Studenten wenig Gegenliebe. Nicht daß die Studenten weniger schlimm über den Bolschewismus und die Notwendigkeit seiner Ausrottung denken, aber sie sind verächtlich, wenn die Regierung sie nicht öffentlich als die Kener Berlins hinstellen magt. Zwar hat der Oberbefehlshaber Kasse, wie mehrere Redner hervorhoben, ihnen ein Vertrauen gesetzt, daß sie die moralischen Korrekturen in den regierungstreuen Truppen gebildet hätten; aber die offizielle Verleumdung ist ausgeblieben. Auch den Erfolg über die Beteiligung der Mangalgelehrten empfanden sie als einen Schlag ins Gesicht.

Die Studenten hätten in den 4 Jahren des Krieges und in den letzten Wochen lang für Vaterland getan, jetzt solle man lieber die Artikellosen in die Front schicken. In einer solchen Maßnahme sich anzufassen, sei aber unsere Regierung zu schwach. Ueberhaupt habe er sich zu erlauben, daß die „Herren Sozialdemokraten“ ohne des Bismarck nicht ausbleiben. Die Ereignisse der letzten Wochen hätten gezeigt, daß dem Bürger zum die Zukunft gehöre. Viele Ausführungen entschleffen fürnischen Beifall, bei den zukünftigen „Führern der Nation“.

Theodor Voss ein republikanischer Sozialist. Wirkliche Revolution hatte einzig Georg Salfner als Ainal in seiner Sprache und seinen Bewegungen, er schien sich allein bewußt zu sein, daß er nicht von einer Bühne, sondern von einer Tribüne herab zu agieren hatte. Ulrich Steindorff

Mein Haus ist meine Burg!

Das gewalttätige Einbringen von Kasse in Erdmannsrettern in Privatwohnungen auf der Suche nach Waffen oder verdächtigen Personen tut: Einmischung an dem, was die englische Verfassung seit Jahrhunderten vor über hundert Jahren gegen Unterdrückung der Meinungsfreiheit und politische Unschuld schützen. Die Wohnung galt den Engländern schon immer als unantastbare Festung, in der sie sich vor politischer Verfolgung sicher wählten.

Als im Jahre 1810 Sie Francis Burdett wegen eines im „Political Register“ veröffentlichten Briefes an seine Wähler verhaftet werden sollte, ließ er es auf eine zwei Tage lange Verlagerung seines Wohnortes in Lincoln ankommen, um das sich zum Schutze des vollkommene politische große Teile der Londoner Bevölkerung geschart hatten. Truppen wurden aufgeboden, Kanonen aufgeschoben, und die Lage wurde von Stunde zu Stunde kritischer. Die Soldaten wurden mit Schreien empfangen, es fielen Schüsse, auf beiden Seiten gab es Tod und Verwundete. Nur um weiteres Blutvergießen zu verhindern, ergab sich Burdett nach zwei Tagen der Regierungsmacht.

Für unsere heutigen politischen Zustände ist es im Vergleich zu denen Englands vor hundert Jahren nicht ohne Interesse, was der „Oberver“ am 8. April 1810 über die Verlagerung des Burdettischen Hauses schrieb: „Um über nichts hielt Sie B. Burdett noch in seinem Hause in Piccadilly aus; dann und wann erdicht er am Fenster und wurde von der Verleumdung begeistert begrüßt. Seine Antwort, die er dem Mr. Calman, dem Stadtrat, antwortete, als dieser ihm den Befehl des Verleumdung, Sie B. Burdett in den Tower einzuführen, übergab, lautete: er glaube, daß er nur ein verfassungsmäßiges Recht anspricht habe, indem er das verfassungsmäßige, was zu dem Verleumdungsbefehl Anlaß gegeben habe, er könne daher das Dokument nur als ungesetzlich betrachten. Folglich sei er durch das Prinzip und seine Pflicht genötigt, sich dem Befehl zu widersetzen. Er würde sich nicht freiwillig ergeben. Würde man Gewalt gegen ihn anwenden, so müsse er sich notgedrungen unterwerfen; aber da er sein Haus als seine Burg betrachte, so fordere er es als eine Freiheit und würde diese Verleumdung aufrecht erhalten.“ P. L.

Björnsterne Björnson: Der König.

Erstaufführung im Lessing-Theater am 24. Januar.

Als Träger Björnson vom König dichtete, dem das Gottesmandatum zum Esel und die Densel der Gesellschaftskritiken zum Hühner geworden war, sah er europäische Revolutionen in nebelhafter Ferne und sah in dieser Ferne in ihnen nichts als Sturz von Thronen. Das Wort Republik hing bei ihm nicht menschenwürdig, sondern nur autimonarchisch, sein Temperament und Witz gegen die Unmoral des Christentums führt zu kalten Schlägen in den Waden der Zeit, ohne ihn umzufüllen. „Der König“ ist einmal ein totales Stück gewesen, als es nach total war, liberal zu sein und als Republikanismus sich noch vor der Achtung und Achtung fürchten mußte. Und dennoch ist das Stück im Jahre der deutschen Revolution „aktuell“ für alle Zeitgenossen, die in irgendeiner dunklen Kammer ihres Herrschers leichtes Gemüsel der Vergangenheit haben haben, von dem sie sich nicht trennen können oder wollen, für alle, die noch einmal mit logischer Schärfe den Beweis geführt wissen wollen für die Untauglichkeit dessen, was in Deutschland am 9. November außer Landes getrieben worden ist. Man wende nicht ein, solchen Beweises sei nur die Bourgeoisie und was darüber von Liebe, ist, bedürftig. Viele Tausende sind gar plötzlich in die Republik von heute berufen worden, die sie nicht erwählt hätten, und Björnson ist ihrem Unverstand ein guter Lehrenter. Es wäre gewiss eine nutzlose Tat gewesen, wenn „Der König“ in den Kriegsjahren und vordem auf den Spielplan der deutschen Bühnen geleitet worden wäre, eine gute Tat ist es auch heute noch. Dieser Hühnergeist verdient den Beifall, den er gestern im Lessing-Theater gefunden hat, auch wenn nur das Vorgetieren darin aufzufangen ist. Es schadet nichts, daran erinnert zu werden, welche Sünden begangen wurden, wenn die Schuhe noch nicht abgetreten sind, in denen man sie beging. Ihr alle, die ihr wie Björnson König den „Dred“ der Erden fühlt und ungeschicklich, geht hin und freut euch wenigstens über das Hühnergeist, derer, die ihn eben noch als Segen empfanden und die Hühner dabei in den Anopfländern tragen. Auch das ist Gewinn.

Zwischen der Monarchie, die da war, und der sozialistischen Republik, die da ist, liegt ein weites Feld und es löst Verwirrung nicht nur Bürger, selber nicht, die in den letzten zehn Wochen das Brochfeld nicht zu überqueren vermochten. Björnsons Republikanismus ist Qualität. Deshalb hat sein „König“ eine Vergangenheit und seine Zukunft. Aber er hat eine nicht gar so unbedeutende Gegenwart, weil er die Qualität erkennen macht und

